

Bericht aus der Diakonie Hessen

I. Orientierung suchen und geben

Auf den Spuren der Reformation bleiben

Der Auftrag der ständigen Reformation ist nicht nur der Kirche („ecclesia semper reformanda“) gegeben, sondern will auch in der Diakonie der Kirche ständig umgesetzt werden. Aus diesem Denken heraus muss auch die Diakonie Hessen (DH) sich ständig weiterentwickeln und reformieren. Sie ist aus der Fusion der beiden Werke in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck mit Wirkung vom 01.01.2013 entstanden und bildet mit ihren Mitgliedern und im Zusammenwirken mit den beiden Evangelischen Kirchen den mit Abstand größten Wohlfahrtsverband in Hessen. Das Profil ist klar evangelisch. So steht und stand das Jahr des Reformationsjubiläums diakonisch bundesweit unter der Überschrift „Türen öffnen, Gerechtigkeit leben“.

Mit seinen 95 Thesen und den folgenden reformatorischen Schriften hat Martin Luther durch das Evangelium wesentliche Impulse zur Weiterentwicklung der Gesellschaft gesetzt. Durch die Bibelübersetzung prägte er die gemeinsame deutsche Sprache. Die Diakonie weiß sich dem reformatorischen Erbe verpflichtet und verbunden. Aus der Botschaft der Rechtfertigung allein aus Gnade leitet sie ihr Engagement der Barmherzigkeit allen Menschen gegenüber ab. Diese Barmherzigkeit drängt auf Gerechtigkeit und damit auf eine gerechte Gestaltung der Gesellschaft und ihrer politischen Rahmensetzung. Das lässt die Menschen in den Mittelpunkt rücken und ist Motivation, für eine gerechte gesellschaftliche Ordnung einzutreten. „Türen öffnen, Gerechtigkeit leben“ ist der dauerhafte Arbeitsauftrag, dem die Diakonie Hessen auch in diesem Jahr wieder gefolgt ist. Das zeigt sich gerade im politischen Engagement für die Menschen am Rande der Gesellschaft und für die Aufgabenfelder der Mitglieder.

Unternehmensprofile diakonisch weiterentwickeln und schärfen

Mit den Stabsstellen Diakonische Kultur und Personalentwicklung bietet die DH ihren Mitgliedsunternehmen Fortbildungen und Konzeptionsentwicklungen an, die eine konkrete Umsetzung von evangelisch-diakonischer Prägung in den Arbeitsalltag ermöglichen. Dazu werden im Bedarfsfall mit den Einrichtungen neue Formate entwickelt und durchgeführt. Das reicht vom ersten diakonischen Briefing in einer Willkommensveranstaltung für neue Mitarbeitende über die theologischen Hintergründe bis hin zur Einübung einer diakonischen Haltung in der konkreten Tätigkeit. Dabei wird Diakonische Kultur als permanentes Phänomen verstanden, das so selbstverständlich zum Leben gehört wie das Atmen. Zugleich lässt diese Kultur sich aber weiterentwickeln und bewusst gestalten.

Dazu hat die DH ein Format entwickelt, das es ermöglicht neue Impulse auch aus der Wissenschaft in die Praxis aufzunehmen. Der entsprechende Arbeitskreis Diakonie - Kultur - Theologie wirkt über Hessen hinaus und beteiligt neben den Mitgliedern der DH Interessierte unterschiedlicher Professionen und Aufgabenstellungen aus dem Bundesverband sowie den Landesverbänden Bayern und Württemberg. Ziel ist, das theologische Bewusstsein in den Verbänden, bei den Mitgliedern und deren Mitarbeitenden zu stärken.

In diesem Kontext entstand auch die Verbindung zur Universität Marburg und damit die Möglichkeit, an einer Studie zur Stärkung eines theologischen Bewusstseins in den Unternehmen unterstützend mitzuwirken. Hier wurde insbesondere die Verbindung von erfahrener und gestalteter Diakonischer Kultur und persönlicher Religiosität betrachtet. Die Antworten auf die Frage, worin sich die diakonische Identität einer Organisation besonders zeige, sind eindrücklich. Am häufigsten wurde auf die personale Ebene hingewiesen: "Im Miteinander", "im Umgang mit Klienten" und "in der Art und Weise der Leitung" zeige sich die diakonische Identität einer Einrichtung. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass das christliche Menschenbild und eine evangelische (eben am Evangelium orientierte) Haltung die Art und Weise, wie in der Diakonie gearbeitet wird, prägen. Das gilt sowohl für die Dienstgemeinschaft als auch das konkrete Wirken zum Wohle anderer Menschen.

Stellung beziehen

Die eigene kulturelle Haltung wirkt zugleich auf eine politische Haltung hin, die sich deutlich von allen rechtspopulistischen Tendenzen nach den Wahlen im Bund und vor denen in Hessen abgrenzt und dabei eigene Vorstellungen und Positionen zur Profilschärfung der politisch Verantwortlichen formuliert. Dazu wurde seitens der DH zum einen eine Minibroschüre herausgegeben, die die Synodalen auf ihren Tischen vorfinden werden. Sie trägt den Titel: „Nächstenliebe verlangt Klarheit - Auseinandersetzung wa-

gen und im Gespräch bleiben“ und ist eine Argumentationshilfe für die alltägliche Auseinandersetzung z. B. mit Positionen der AfD. Zum anderen wurden allen Kandidatinnen und Kandidaten aus Hessen sowie allen Landtagsfraktionen für die Bundestagswahl die aktuellen Positionen der DH zugesandt. Damit verbunden war die Einladung, miteinander ins Gespräch zu kommen. Diese Broschüre ist auch für den ausstehenden Landtagswahlkampf aussagekräftig. Bei Interesse ist sie über Frau Kosek, DH zu beziehen (isabell.kosek@diakonie-hessen.de).

II. Als Kirche und Diakonie gemeinsam Zukunft wagen und gestalten

Am 14.09.2017 fand in Fulda ein Symposium unter dem Motto „Gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern - Wie Kirche und Diakonie sich als **Akteur** im Sozialraum versteht“ statt. Dabei war der Singular in der Mottogestaltung kein Schreibfehler, sondern die gesetzte Herausforderung, sich im Sozialraum und in der Netzwerkbildung vor Ort als **ein** Akteur zu entdecken und verstehen zu lernen. Kirche und Diakonie bilden ein Netzwerk und bringen sich so als ein Akteur in andere Netzwerke ein. Dabei konnte festgestellt werden, dass das in einzelnen regionalen Zusammenhängen bereits gelebt und auch entsprechend gesehen wird. So trug ein Bürgermeister mit ein, dass für ihn der Zusammenhang von Kirche und Diakonie selbstverständlich sei und er diese beiden immer als einen Akteur wahrnehme. Diese Nähe wurde auch in der Eingangsdiskussion deutlich, die die Moderatorin mit OKR Schwindt, Pröpstin Wienold-Hocke und dem Vorstandsvorsitzenden der DH, Horst Rühl, führte. Dieser Auftakt wie die ganze Veranstaltung machten deutlich: Die sichtbare und spürbare Zusammengehörigkeit von Kirche und Diakonie ist Zukunftsorientierung und die DH eine wesentliche Netzwerkverbindung beider Evangelischer Kirchen in Hessen.

Netze knüpfen

Die Diakonie Hessen ist für die Bundesdiakonie Modellregion des Projektes „Wir sind Nachbarn. Alle“. Dabei ist ihr durch das landesweite Projekt – beide Kirchengebiete einschließend – eine besondere Rolle übertragen worden. (Die vier anderen Projektbereiche sind regional verortet.) Zahlreiche Initiativen, darunter auch alle Teilhabeprojekte beider Kirchen (wie z. B. DRIN), sind in ein großes Netzwerk eingeflossen. Sie setzen sich je in ihren Quartieren für ein inklusives Gemeinwesen ein. Sie stärken Menschen in diesen Projekten, Verantwortung für sich selbst und andere übernehmen zu können.

Inzwischen ist aus den kleinen Einheiten ein hessenweites Netzwerk vieler Engagierter entstanden, die die Idee der Sozialraumorientierung in ihre jeweiligen Gemeinwesen tragen. Die enge Verzahnung von kirchlichen Initiativen, diakonischem Knowhow und persönlichem Engagement führt auch zu einem neuen Verständnis der Zusammengehörigkeit von Kirche und Diakonie. In den kleinen Netzen vor Ort werden beide ohne Weiteres zu Teilhabenden mit dem kirchlich-diakonischen Interesse, diese Netzwerke zu stärken. So werden Kirche und Diakonie als gemeinsamer zuverlässiger Akteur sichtbar im Dienst an den Menschen. Die riesige Entwicklungschance, Kirche und Diakonie in ihrem Miteinander und in ihrer Angewiesenheit aufeinander neu zu verstehen und weiterzuentwickeln, ergibt sich so ganz selbstverständlich. Inzwischen hat sich zu diesem Netzwerk ein Netzwerkkern gebildet, der versucht, diese Netzwerkarbeit theoretisch zu durchdringen, weiterzuentwickeln und damit Anstöße in die Kirchen und ihre Diakonie zu geben.

Es ist spannend, dass sich Diakonische Unternehmen und die Diakonie Hessen wie die Werke in Württemberg, Baden und Bayern zeitgleich in einem „Netzwerk Diakonisches Unternehmertum“ mit dem Diakoniewissenschaftlichen Institut der Universität Heidelberg und einem Fachbereich der Universität Trier zusammengefunden haben, um sich den grundlegend verändernden Rahmenbedingungen sozialer Arbeit zu stellen. Diese reichen vom Fachkräftemangel in einer älter werdenden Gesellschaft über die Digitalisierung inkl. der damit verbundenen Entwicklung der Lebens-, Kommunikations- und Vernetzungsgewohnheiten bis hin zum Präventions- und Teilhabeansatz in der Altenhilfe sowie der Inklusion in der Behindertenhilfe. In all dem schwingt eine zunehmende kommunale sozialräumliche und an konkreten örtlichen Bedarfen ausgerichtete Steuerung von sozialen Angeboten mit. Hier wirken die sozialräumliche Orientierung von Diakonie Hessen und Kirchen mit den Fragen der Vernetzung von Nachbarschaften und den gesellschaftlichen Akteuren gemeinsam mit der Weiterentwicklung der Mitglieder unserer Diakonie. Die Diakonie Hessen setzt damit Impulse für eine zukunftsweisende und an den strategischen Bedarfen ihrer Mitglieder orientierte Verbandsarbeit.

Neben der Theorie steht die konkrete Praxis. Über die o. g. 28 DRIN-Projekte (EKHN) und 14 Teilhabeprojekte (EKKW), in denen oft kirchliche Initiativen mit Regionalen Diakonischen Werken (RDW) zusammenwirken, hinaus betreiben RDW in eigener Verantwortung subsidiäre Gemeinwesenarbeit (z. B. Darmstadt-Arheilgen, Gießen).

Geplant sind Projekte der Diakonie Hessen in Alzey-Nack und in der Danziger Straße in Groß-Gerau: In dem knapp 700-Seelen Ort Nack bei Alzey soll auf einer geerbten Hofreite ein Gemeinwesenprojekt für die Bevölkerung mehrerer Ortschaften aufgebaut werden. Beteiligt werden an der Entwicklung des eher ländlich geprägten Gemeinwesenprojektes - neben den Bürgerinnen und Bürgern - der Landkreis, die Verbandsgemeinde, das Dekanat, die regionale Diakonie und etliche diakonische Träger in der Region. Überwiegend kleinstädtische Strukturen liegen dem sozialraumorientierten Projekt in Groß-Gerau zugrunde. Die Liegenschaften der früheren Versöhnungsgemeinde wurden von der Diakonie Hessen übernommen und sollen nun zu einem Diakonischen Zentrum für benachteiligte Menschen im Norden Groß-Geraus entwickelt werden. Dabei treten Diakonie und Kirche in enger Partnerschaft auf.

Die Diakonie Hessen wirkt mit ihren Mitgliedern und den Kirchen auf eine gemeinwesenorientierte Sozialpolitik hin, in der alle Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft stehen. Exklusion, Segregation, Stigmatisierung und Benachteiligung aufgrund sozialer oder ethnischer Herkunft wird so stringent entgegengewirkt. Armutsprävention, Chancengleichheit und Inklusion bleiben wichtige Parameter. Ziele sind gerechte Teilhabe und Empowerment der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner bei einer strikten Orientierung an den Lebensumständen der Menschen im Gemeinwesen. Eine solche Politik kann die Spaltung in unserer Gesellschaft überwinden und trägt zugleich dazu bei, dass rechtspopulistische Positionen ungehört verhallen können.

Einlass gewähren und Heimat schenken

Längst sind viele Menschen unterschiedlichster Herkunft in unseren Gemeinwesen angekommen. Viele davon haben eine schwierige und belastende Fluchtgeschichte hinter sich. Nun gilt es endlich der Willkommenskultur eine Struktur folgen zu lassen. Mit den Kirchen bleibt die Diakonie eine Verfechterin einer sinnhaften Integrationspolitik und einer Einbeziehung der Menschen vor Ort. Darum treten wir auch weiterhin dafür ein, dass alle geflohenen Menschen sofort an Deutschkursen teilnehmen können.

Die Sorge um zurückgelassene oder auf der Flucht getrennte Familienangehörige erschwert eine gelingende Integration der hier angekommenen Menschen erheblich. Familien gehören zusammen. Flüchtlinge dürfen nicht über Jahre von ihren Angehörigen getrennt werden. Das aber ist die bittere Realität. Durch restriktive gesetzliche Regelungen und lange Wartezeiten bei der Visumserteilung bleiben Flüchtlingsfamilien oft über Jahre hinweg getrennt. Das verletzt Artikel 6 des Grundgesetzes (Schutz von Ehe und Familie) und erschwert die Integration. Die Evangelischen Kirchen und die Diakonie kritisieren die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte. Darum lautet seit langem die gemeinsame Forderung,

- diese Aussetzung aufzuheben,
- das Visumsverfahren für nachzugsberechtigte Familienmitglieder zu beschleunigen
- und in Griechenland gestrandete Familienangehörige unverzüglich einreisen zu lassen.

Befürchtungen, dass der Familiennachzug diese Gesellschaft überfordern würde, widersprechen aktuelle wissenschaftliche Studien und auch Auskünfte der Bundesregierung. Sie zeigen, dass der Familiennachzug zu Flüchtlingen nach Deutschland deutlich geringer ist als bisher angenommen oder behauptet. Geflohenen Menschen, die nur im Besitz einer Duldung sind, wird es ermöglicht, eine Ausbildung zu beginnen (Ausbildungsduldung). Diese Regelung ist zu begrüßen und gilt auch für die DH und ihre Mitglieder. Allerdings lassen Ermessensspielräume z. T. große Unterschiede in der örtlichen Umsetzung zu.

Im Integrationsbeirat der Hessischen Landesregierung war deutlich zu vernehmen, dass die 700 zusätzlich geschaffenen Ausbildungsplätze im Handwerk durch den Abschiebedruck nur begrenzt wahrgenommen werden, weil mit jeder Abschiebung und jeder bedrohlichen Aussage der Politik und der Behörden die Unsicherheit wächst, ob gemachte Zusagen auch eingehalten werden. Das verhindert die Aufnahme einer Ausbildung und wirkt in einer Situation des Fachkräftemangels in Deutschland schlicht kontraproduktiv.

Insgesamt hält es die DH für falsch, die Menschen unter einen ständigen Rückkehrdruck zu bringen. In Hessen werden ganze Flüchtlingsgruppen regelhaft zur Rückkehrberatung eingeladen, auch solche, die noch im Verfahren sind bzw. gegen ihre Ablehnung geklagt haben. In der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen geschieht z. T. die staatliche Rückkehrberatung sogar schon am zweiten Tag, noch vor der Asyl-antragstellung. Hier hat sich die DH deutlich positioniert und durch Öffentlichkeitsarbeit zumindest erreicht, dass das hessische Innenministerium klarstellen musste, dass die Teilnahme an einer solchen Beratung freiwillig ist und keine Sanktionen drohen, wenn man nicht teilnimmt.

Leider wird gegen die berechtigte und lautstarke Kritik aller Sozialverbände und Kirchen weiter nach Afghanistan abgeschoben. Zwar waren auf dem Sammelabschiebungsflug am 12.09.17 keine Personen aus Hessen und Rheinland-Pfalz vertreten, dennoch gibt es weder in den beiden Bundesländern noch bundesweit einen generellen Abschiebungsstopp. Diesen halten wir für dringend nötig, da sich die Sicherheitslage in Afghanistan immer weiter verschlechtert. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass auch afghanische Geflüchtete nicht unter Rückkehrdruck gestellt werden, sondern ihnen alle Integrationsmaßnahmen offen stehen. Hierzu hat Rheinland-Pfalz kürzlich vorbildliche Regelungen getroffen.

Trotz der vielen Hindernisse und auch mancher Anfeindung engagieren sich viele Menschen in den kirchlichen und diakonischen Initiativen. Hier trifft Professionalität mit der großen Vielfalt des freiwilligen Engagements zusammen. Die Diakonie Hessen dankt allen, die sich für die Menschen einsetzen.

Aktuell ist es doch zu einer Wohnsitzauflage in Hessen gekommen. Dagegen hatte sich die DH gemeinsam mit der LIGA ausgesprochen. Sie sieht, dass damit Eigeninitiative und Unterstützung durch soziale Netzwerke systematisch verhindert werden. Die Umsetzung wird sich als kompliziert erweisen und Betroffene, Beratungsstellen und Gerichte noch lange beschäftigen.

Armut überwinden

Immer mehr Menschen sind in Hessen von Armut betroffen. Das wird in den aktuellsten Zahlen der amtlichen Sozialberichterstattung deutlich. 15,1 % der Hessen waren 2016 von Armut bedroht. Hinter diesem Wert stehen die Lebenswirklichkeiten von mehr als 900.000 Personen, 40.000 mehr als im Vorjahr. Erwerbslose, Alleinerziehende, Familien mit mehr als zwei Kindern sowie Menschen mit Migrationshintergrund sind immer noch überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen.

Für Kirche und Diakonie ist zunehmende Armut in einem reichen Land nicht zu akzeptieren. Die Diakonie Hessen tritt für eine entschlossene Armutsbekämpfung ein und weist damit zugleich den Weg, die Demokratie in unserem Land zu stärken. Denn gerade die genannten Personengruppen verlieren das Interesse, sich aktiv an Wahlen zu beteiligen. Das belegt die Studie „Gib mir was, was ich wählen kann“ des Evangelischen Fachverbandes für Arbeit und soziale Integration¹. Diese beschreibt auch, dass diese Menschen sich oft als „Bürger zweiter Klasse“ fühlten und darum keine Hoffnung darin setzten, dass Wahlen etwas ändern könnten. Sie hätten jedoch die letzte „Tür noch nicht zugeschlagen“. Die DH setzt sich dafür ein, dass diese Tür auch weiter offen bleibt und baut gerade durch die Netzwerkprojekte auf die Teilhabe aller am Leben in der Gemeinschaft, denn wer teilhat und selbst etwas bewirken kann, bringt sich auch bei Wahlen wieder ein. So kann aus Armutsbekämpfung Demokratieförderung werden.

Wohnungstüren öffnen

Nicht allen Menschen in dieser reichen Republik ist es vergönnt, eine Tür in die eigene Wohnung öffnen zu können. Das Thema „Wohnungsnot“ hat sich in diesem Jahr besonders aufgedrängt und birgt das Potential einer bleibenden Herausforderung. Die Zahl der wohnungslosen Menschen in Deutschland steigt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe schätzt die Anzahl der Menschen ohne mietrechtlich abgesicherten Wohnraum in Deutschland auf ca. 335.000 Männer, Frauen und Kinder. Beschämend, dass inzwischen wieder viel mehr junge Menschen wohnungslos werden. Insgesamt wird die erschreckende Zahl von einer halben Million Menschen ohne festen Wohnraum bundesweit für das Jahr 2018 prognostiziert.

Für diesen weiteren Anstieg der Wohnungslosenzahlen spielt auch die Zuwanderung eine Rolle. Aber weitaus wichtiger ist eine verfehlte Armuts- und Baupolitik. Besonders in Ballungsräumen und Universitätsstädten fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Da werden selbst Menschen mit einer Fachausbildung

¹ <http://www.studie-nichtwaehler.de/>

und entsprechender Anstellung arm. Dazu ist etwa jeder siebte Haushalt in Hessen von Armut gefährdet. In den genannten Regionen verschlingen Miete und Nebenkosten oft mehr als die 35-40 % des Familieneinkommens, die als vertretbare Obergrenze für ein bezahlbares Wohnen gelten. Die Not trifft insbesondere die Menschengruppen, denen von je her schon manche Tür zugeschlagen worden ist. Junge Menschen, Einelternfamilien, kinderreiche Familien, ältere und behinderte Menschen werden auf dem Markt oft übergangen mit ihren Bedürfnissen.

Gerade kleine und barrierefreie Wohnungen, die dem Rahmen des SGB II entsprechen können, fehlen. In Hessen ist der soziale Wohnungsbestand fortwährend zurückgegangen. Gab es in 1991 206.000 Sozialwohnungen, waren es Ende 2016 nur noch 93.000 Wohnungen. Insgesamt fehlen in Hessen nach der Wohnungsbedarfsanalyse des Instituts für Wohnen und Umwelt (IWU) im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 500.000 Wohnungen bis zum Jahr 2040.

Die DH begrüßt die Anstrengungen des Landes, den Wohnungsbau anzukurbeln. Dennoch werden bis 2020 in Hessen jährlich 19.000 Wohnungen weniger gebaut, als benötigt werden (Bedarf jährlich: 37.000 / erwarteter Neubau 18.000 Wohnungen).

Im Dezember 2016 besuchte der Ministerpräsident des Landes Hessen die „Fachberatungsstelle Teestube konkret“ für wohnungslose Menschen des Diakonisches Werkes Darmstadt-Dieburg und informierte sich über die Arbeit der Wohnungsnotfallhilfe. Im Rahmen dieses Rundgangs lernte er auch das Projekt „Krank auf der Straße“ kennen, das in Kooperation mit medizinischen Diensten und Ärzten die Gesundheitsversorgung wohnungsloser Menschen ermöglicht. So konnte er für diese Problematik sensibilisiert werden.

Zum Tag der Wohnungslosen, dem 11. September, hat die Wohnungsnotfallhilfe der Diakonie Hessen die Kampagne „Jeder Mensch braucht eine Wohnung“ gestartet. Mit dieser auf mehrere Jahre ausgelegten Kampagne wollen wir die Aufmerksamkeit auf von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen lenken. Mit Plakaten und Postkarten kämpfen wir gegen die Stigmatisierung der Wohnungslosen an und werben um Unterstützung und für Spenden. (Weitere Informationen unter www.jeder-mensch-braucht-eine-wohnung.de).

Die DH hat ihre Forderung, den sozialen Wohnungsbau neu zu beleben, im Zusammenhang des Tages der Wohnungslosen zielgerichtet in den Printmedien und im Hessischen Rundfunk platziert. Dazu sollen alle Kommunen, die neues Bauland ausschreiben und vergeben, darauf achten, dass 40 % dieser Flächen vorrangig für sozialverträgliches Bauen vergeben werden. Diese Forderung an die Kommunen sollte sich auch in der Bereitschaft der Kirchengemeinden, der Landeskirchen sowie der DH und ihrer Mitglieder widerspiegeln, sozialverträgliches Bauen bei Grundstücksverkäufen zu bevorzugen.

Müttergenesung und Familiengesundheit sichern

Seit Elly Heuss-Knapp gehört die Müttergenesung zu den Aufgaben der Diakonie. Jetzt droht das Aus für dieses wichtige Beratungsangebot, weil eine qualifizierte Beratung unter dem gegebenen finanziellen Rahmen nur sehr unzureichend gewährleistet werden kann. Beraterinnen und Träger der Müttergenesung und Familiengesundheit haben gemeinsam mit der DH und den beiden Evangelischen Kirchen das Arbeitsfeld geprüft und verschiedene Zukunftsmodelle entwickelt. Dazu wurde auch die Unterstützung der hessischen Schirmherrin, Frau Ursula Bouffier, eingeholt. Noch muss es sich erweisen, ob die Diakonie dieses Arbeitsfeld sinnhaft füllen kann, sich eine Tür in die Zukunft öffnet oder die Tür endgültig zugeschlagen wird – aber dann mit lautem Knall!

Die eigene Vergangenheit bearbeiten

Gerechtigkeit leben bedeutet auch, dass Menschen, denen in der Vergangenheit Unrecht widerfahren ist, nachträglich Recht erfahren können. Dafür ist die **Stiftung Anerkennung und Hilfe** ins Leben gerufen worden. Sie ist für Menschen zuständig, die als Kinder und Jugendliche von 1949 bis 1975 in der Bundesrepublik Deutschland bzw. von 1949 bis 1990 in der DDR in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder der Psychiatrie Leid und Unrecht erfahren haben und heute noch an Folgewirkungen leiden.

Die Stiftung erfüllt folgende Aufgaben: die öffentliche Anerkennung, die Anerkennung durch wissenschaftliche Aufarbeitung der Leid- und Unrechtserfahrungen, die individuelle Anerkennung und Unterstützung durch finanzielle Hilfe. Qualifizierte Beraterinnen und Berater in den Anlauf- und Beratungsstellen unterstützen die Betroffenen in persönlichen Gesprächen bei der Aufarbeitung der Erlebnisse. Die Betroffenen

können dabei eine einmalige Geldpauschale erhalten, die die Folgewirkungen des Erlebten abmildern und damit einen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation leisten soll (9.000 € pauschal sowie 3.000 € bei bis zu 2 Jahren oder 5.000 € bei über 2 Jahren sozialversicherungspflichtiger Arbeit).

Die DH dankt den beiden hessischen Kirchen für die zuverlässige Unterstützung und finanzielle Beteiligung an dieser Stiftung. Darüber hinaus hat sich die EKHN dankenswerter Weise bereit erklärt, den 30 % DH-Anteil für ihr Kirchengebiet zu einem Drittel zu übernehmen. Damit sinkt die Belastung für die DH und ihre Mitglieder deutlich.

Unter den Mitgliedern der DH wurden insgesamt fünf Träger identifiziert, die in dem von der Stiftung umfassten Zeitraum die Art von Einrichtungen betrieben haben, in denen die von dem Stiftungszweck umfassten Sachverhalte verwirklicht gewesen sein könnten. Mit diesen potenziell betroffenen Trägern werden nun Gespräche mit dem Ziel geführt, eine solidarische Verteilung des Aufwandes zu erreichen. Zusätzlich übernimmt die Diakonie Hessen einen namhaften Betrag aus Verbandsgeldern.

III. Gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen

Die DH tritt dafür ein, dass Menschen mit Behinderung und ältere Menschen ganz selbstverständlich am Leben teilhaben und darum weitestgehend selbstbestimmt in ihrem Sozialraum leben können. Die gewohnte bzw. selbstgewählte Umgebung sowie ein Umfeld, das persönliche Unabhängigkeit ermöglicht, sind dafür grundlegend.

Junge Menschen fördern

Leider steht eine umfassende Novellierung der Rahmengesetzgebung (SGB VIII) für die Jugendhilfe immer noch aus. Selbst die angestrebten kleinen Reformen wurden bisher nicht umgesetzt. Zusammen mit Fachverbänden, Experten und dem Bundesverband hält die DH die bisherigen Reformbestrebungen für zu kurz gedacht und das eigentliche Ziel einer Sicherung gerechter Teilhabe noch weit entfernt. Auf der Bundesebene wurde ein Positionspapier erarbeitet. Die Kinder- und Jugendhilfe soll auf den Sozialraum bezogen und inklusiv gestaltet werden. Im Mittelpunkt stehen alle jungen Menschen sowie deren Eltern bzw. Sorgeberechtigten. Ein familienunterstützendes Umfeld ist entsprechend zu fördern. So werden alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit und ohne Behinderung sowie deren Eltern bzw. Sorgeberechtigte betreut und begleitet.

Den Paradigmenwechsel in der Eingliederungshilfe gestalten

Das im Dezember 2016 beschlossene Bundesteilhabegesetz (BTHG) setzt neue Rahmenbedingungen für gesellschaftliche Teilhabe (Inklusion) von Menschen mit Behinderung. Es tritt seit Januar 2017 in einem vierstufigen Verfahren bis 2023 in Kraft. Durch dieses Gesetz sollen Menschen mit Behinderung stärker selbst bestimmen können und in ihre Hilfeplanung einbezogen werden. Dazu sollen sie individuell unterstützt werden, um ihr Leben nach ihren Bedürfnissen und Vorstellungen gestalten zu können.

Nach Beschluss des BTHG sind jetzt die Länder gefragt, die Rahmenbedingungen zur Umsetzung auszugestalten. Die Diakonie tritt bundesweit dafür ein, dass diese Ausgestaltung dem Geist und dem Anliegen des BTHG folgt. Darum müssen die anstehenden Regelungen von den betroffenen Menschen ausgehend gedacht werden. Dahinter treten anderweitige Interessen politischer Art zurück. Insbesondere kann die im BTHG angelegte „Normalisierung“ der Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung im Sinne der Inklusion nur gelingen, wenn eine zentrale Zuständigkeit für die Steuerung der Infrastruktur und der Angebote erfolgt. Darum tritt die DH deutlich gegen Insellösungen mit lokalen Abhängigkeiten von der jeweiligen örtlichen Finanzlage und den jeweiligen kommunalpolitischen Schwerpunktsetzungen ein. Vielmehr vertritt sie die Position, den Landeswohlfahrtsverband als überörtlichen Träger zu erhalten.

Mit Würde alt werden

Die Versorgung von älteren bzw. pflegebedürftigen Menschen hat unter anderem mit den Pflegeleistungsgesetzen bereits positive Veränderungen erfahren. Sie wird sich künftig noch stärker daran ausrichten haben, den Eintritt von Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder so weit wie möglich hinauszuzögern. Da die Leistungen der Pflegekassen sich auf eine bereits eingetretene Pflegebedürftigkeit beschränken, zielt das Präventionsgesetz in die richtige Richtung. Entsprechende Projekte müssen nun umgesetzt werden. Unterstützende präventive Leistungen können die Selbständigkeit stärker erhalten.

Die DH wirkt mit und trägt dazu bei, dass Menschen trotz nachlassender körperlicher und geistiger Kräfte so lange wie möglich selbständig bleiben. Mit den nötigen Unterstützungen sollen sie so lange wie mög-

lich selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Neue Wohnformen dürfen nicht wie bisher an den engen Rahmenbedingungen oder der mangelnden Finanzierung scheitern. Eine steuernde Altenhilfepolitik trägt dazu bei, dass sich eine gute Infrastruktur für alle alten Menschen entwickelt.

Menschen mit Demenz gerecht begegnen

Der Umgang mit Demenz ist zu einer neuen Herausforderung für die immer älter werdende Gesellschaft geworden. Im September 2016 wurde die bundesweite Initiative „Demenz-Partner“ von der Deutschen Alzheimer Gesellschaft ins Leben gerufen. Sie wird vom Bundesgesundheitsministerium gefördert und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt. Die Initiative setzt sich für eine neue Kultur des sozialen Miteinanders von Menschen mit und ohne Demenz ein. Unter dem Slogan „Demenz braucht Dich“ werden in bundesweiten 90-minütigen kostenlosen Kursen neben Wissen zum Krankheitsbild wichtige Tipps zum Umgang mit Menschen mit Demenz vermittelt.

Die Diakonie Hessen bietet ihren Mitarbeitenden die Kurse zum Demenz-Partner an. Am 18.09.2017 hat ein erster Kurs in der Landesgeschäftsstelle in Frankfurt stattgefunden. Die Mitarbeitenden werden so zu Botschafterinnen und Botschaftern, die als Teil von mittlerweile ca. 15.000 Demenz-Partnern zu einem besseren Zusammenleben mit demenziell erkrankten Menschen beitragen.

Die letzte Lebensphase erleichtern

Die gute Versorgung von sterbenden Menschen in den Einrichtungen der Altenpflege, in Krankenhäusern und im häuslichen Umfeld ist ein wichtiges diakonisches Ziel. Sterbende Menschen benötigen verbesserte Bedingungen zur Pflege und zur Betreuung, und Angehörige benötigen eine unterstützende und entlastende Begleitung. Der Gesetzgeber hat 2015 das Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung verabschiedet. Dabei hatte er vor allem die Hospizarbeit im ambulanten Bereich sowie die Begleitung im Haushalt oder in der Familie im Blick, um sterbenden Menschen ein möglichst würdevolles und selbstbestimmtes Leben bis zuletzt zu ermöglichen.

Verbessert wurde unter anderem die finanzielle Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit von ambulanten Hospizdiensten.

Ein gesetzlicher Verbesserungsbedarf besteht weiterhin im Bereich der stationären Pflegeeinrichtungen. Da ältere Menschen heute häufig erst unmittelbar vor ihrem Tod aus ihrem häuslichen Umfeld in eine stationäre Pflegeeinrichtung wechseln, versterben deutlich mehr Menschen in den Pflegeeinrichtungen als in früheren Jahren. Die Rahmenbedingungen müssen deshalb auf die neuen Begebenheiten angepasst werden. Die DH fordert, dass in stationären Pflegeeinrichtungen auch zukünftig jeder sterbende Mensch bis zuletzt würdevoll gepflegt und begleitet werden kann.

Dem Sterben Perspektive geben

Beide Kirchen werden zum Ende des Reformationsjubiläums 2017 mit der DH ein Buch herausgeben, das die Veränderungen in der Bestattungs- und Friedhofskultur aufnimmt und weiterdenkt. Es trägt den Titel „Bestatten-Gedenken-Erinnern / Impulse für die Praxis in Diakonie und Kirche“. Damit sollen die Bedürfnisse der Menschen ernstgenommen und mit der Botschaft des Evangeliums auf die veränderten Lebensbedingungen eingegangen werden. Zukünftig wird es vermehrt darum gehen, mit anderen gesellschaftlichen Akteuren zusammen die Bestattungs- und Friedhofskultur mit den vielfältigen Lebensformen und Lebensstilen in Einklang zu bringen und die Menschen individuell so zu begleiten, dass die christliche Hoffnung auf ein Leben nach dem Tod für sie erfahrbar werden kann.

IV. Anwaltschaft stärken

Sichtbarkeit in Wiesbaden erhöhen

Durch Umwidmung einer Pfarrstelle, die bisher schon der DH zugeordnet war, wurde eine Vertretung der DH am Sitz der Landesregierung realisiert. Das geschieht in Abstimmung und Bürogemeinschaft mit dem Beauftragten der Kirchen. Diese Stelle ist seit dem 1. September 2017 mit Frau Pfarrerin Clarissa Graz besetzt. Damit wird die politisch-anwaltschaftliche Arbeit in Wiesbaden auf neue Füße gestellt und professionalisiert. Die Zusammenarbeit im Evangelischen Büro birgt neben der Anleitung durch den erfahrenen kirchlichen Diplomaten, OKR Jörn Dulige, auch Synergien in der Abstimmung von politischen Positionen und Stellungnahmen.

Die DH wird die gewählten Vertreterinnen und Vertreter des Volkes weiterhin aktiv begleiten, sich einmischen, den Dialog suchen und parteiisch sein. Diese aktive Mitgestaltung wird weiterhin gebraucht – vielleicht nötiger als je zuvor.

Nachhaltig wirtschaften

Die Bundestagswahl liegt hinter uns und die Landtagswahl in Hessen vor uns. Die sozialpolitischen Themen bleiben drängend. Sie sind auch durch die Wahlkämpfenden bisher nicht im Ansatz beantwortet worden. Vielmehr wird soziale Arbeit mehr und mehr unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Optimierung rein betriebswirtschaftlich betrachtet. Einen anderen Blickwinkel nimmt die im Frühjahr vorgelegte Sozialwirtschaftsstudie der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen ein, die den Gewinn der gesamten Gesellschaft, z. B. durch den Gewinn an Arbeitskraft statt Ausfall oder die Beteiligung von vielen Freiwilligen in den Arbeitsgebieten gerade der Arbeit mit geflüchteten Menschen, bemisst.

Dabei wäre es verkehrt, diesen „Social return on investment“ nur betriebswirtschaftlich zu sehen. Die nachhaltigen Ergebnisse lassen sich aber immer volkswirtschaftlich aufzeigen. Zugleich macht diese Studie deutlich, dass aus betriebswirtschaftlichen Gründen verweigerte Finanzierung von sozialer Arbeit einen nachhaltigen volkswirtschaftlichen Schaden produzieren könnte, da die sichtbar positiven Rückwirkungen eben nicht erzielt werden. Unter dieser Maßgabe sollten die Schuldenbremse und die Auswirkungen des sogenannten hessischen kommunalen Schutzschirmes neu bedacht werden.

Innovation in der sozialen Arbeit auszeichnen – Hessischer Elisabethpreis

Auf Initiative der DH vergibt die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in 2018 erstmals den Hessischen Elisabethpreis für Soziales (HEPS). Es ist gelungen, den Ministerpräsidenten als Schirmherrn und den Sozialminister für die Jury zu gewinnen. Zugleich hat sich Lotto Hessen bereiterklärt, diesen Preis mit einem jährlichen Preisgeld von 30.000 € auszustatten. Damit wird die bisherige Vergabe des Elisabethpreises durch die Stiftung der DH gewürdigt und zugleich auf viel breitere Füße gestellt. Über die Mittel der Stiftung der DH konnte bisher der Preis nur alle zwei Jahre mit einem Preisgeld von ca. 10.000 € vergeben werden. Unter den neuen Bedingungen wird der Preis nun jährlich ausgelobt. Die Organisation von Ausschreibung und Vergabe liegt bei der Diakonie Hessen und bei Lotto Hessen. Der Schwerpunkt der Ausschreibung soll jährlich wechseln. Für die erste Ausschreibung wurde das Thema „**Lebensqualität von Menschen mit Demenz**“ ausgewählt. Bis zum 30.11.2017 können sich Organisationen und Initiativen bewerben, die in Hessen mit innovativen Ideen zur Verbesserung der Lebensqualität von Menschen mit Demenz und deren Angehörigen beitragen. www.hessischer-elisabethpreis.de

V. Die Diakonie Hessen weiterentwickeln

Mitgliedseinrichtungen vor Risiken bewahren

Vor drei Jahren konnte ein verbandsinternes Risikomanagement eingeführt werden, an dem sich die meisten Mitgliedseinrichtungen mit einem Geschäftsvolumen über 2 Millionen Euro beteiligen. Mitglieder, deren Situation wirtschaftlich bedenklich erscheint, werden von den Fachleuten und Betriebswirten der DH unterstützt und beraten. Bisher konnten Insolvenzen vermieden werden. Allerdings ist bei einigen Einrichtungen der Veränderungsdruck groß. Ab dem nächsten Jahr werden auch mittlere und kleinere Einrichtungen, die oftmals von wirtschaftlichen Risiken schneller betroffen sind, in das Risikomanagement aufgenommen. Wir hoffen, gerade den durch ehrenamtlich Engagierte geführten Mitgliedern damit hilfreich zur Seite stehen zu können, indem wir latente oder sich entwickelnde Risiken früher aufspüren und Veränderungen anregen.

Menschen befähigen

Die Personalentwicklung im eigenen Haus und die Fortbildungsangebote auch für unsere Mitglieder sind eine bleibende Herausforderung. Es gilt den Verband und die Mitglieder als attraktive Arbeitgeber zu etablieren und weiterzuentwickeln. Dabei ist immer stärker auf professionelles und auch ressourcenschonendes Handeln Wert zu legen. Selbstverständlich sind schon zaghafte Schritte in die Richtung Digitalisierung gegangen worden. Eine klare Konzeption müssen wir aber nach Arbeitsgebieten und Organisationsstellen noch entwerfen und planen.

Strategische Pläne der Eigenen Betriebsstätten umsetzen

Die Regionalen Diakonischen Werke auf dem Kirchengebiet der EKHN haben gemeinsame strategische Ziele vereinbart, die nun in den kommenden Jahren auf Landesebene umgesetzt werden sollen. Dazu gehören der Ausbau der Personalentwicklung mit dem Ziel, dem Fachkräftemangel besser begegnen zu können, und die Verbesserung der Kommunikation in die regionale Kirche und die Gesellschaft hinein zu erreichen.

Virtuelle Türen sollen mit der Einführung einer einheitlichen Klientendatenbank geöffnet werden. Zukünftig werden die Gesprächsdokumentation, das Dokumentenmanagement, die Abrechnung und die Personaleinsatzplanung für die Arbeitsbereiche Gemeindepsychiatrie, Wohnungsnotfallhilfe und Schuldnerberatung über die zentral verwaltete Software abgewickelt. Für 2018 sind die Einführungen der Arbeitsbereiche Flüchtlings-/Migrationsberatung und Allgemeine Lebensberatung vorgesehen. Ein erster Schritt zur Digitalisierung!

Zusätzlich haben alle Betriebsstätten strategische Zielsetzungen für ihre eigene Region, in der Regel den Landkreis, entwickelt und mit den Dekanaten abgestimmt. Alle sind nun in der Umsetzungsphase, bevor eine Überarbeitung der langfristigen Ziele in 2018 erfolgen wird.

Den Satzungsauftrag erfüllen

Wer Türen öffnen und Gerechtigkeit leben will, kommt nicht umhin, immer wieder auf die eigene Organisation zu schauen und sich zu fragen: „Sind wir noch für die Zukunft aufgestellt?“ In der Satzung der Diakonie Hessen ist festgeschrieben, dass zur Zukunftsfähigkeit der Organisation eine Ausgliederung der RDW HN zu betreiben ist. Diesen Auftrag nimmt die Diakonie Hessen wahr und wird ihn unter dem Arbeitstitel „**Reorganisation der Diakonie Hessen**“ bearbeiten. Die Aufgabenstellung ist weiter als ursprünglich angenommen. Eine Verselbständigung der Regionalen Diakonischen Werke wird die Arbeit des zukünftigen Landesverbandes sehr stark beeinflussen: Die gegenwärtig gepflegte enge sozialpolitische Verknüpfung mit den Landkreisen – über die regionalen Leitungen – soll zum Wohle des Verbandes unbedingt erhalten bleiben. Dafür wurde das ehemals eigenständige Projekt der Regionalen Arbeitsgemeinschaften in den größeren Rahmen der Reorganisation der Diakonie Hessen eingebunden. Außerdem wird es auch – je nach Form der Ausgliederung - grundlegende Einflüsse auf die strategische Ausrichtung, die interne Organisation und die finanzielle Ausstattung des Landesverbandes geben.

Danke sagen

Die Diakonie Hessen dankt allen Menschen, die ihre Ziele und ihre Arbeit unterstützt haben. Sie dankt den politisch Verantwortlichen, die den Dialog aufgenommen und Ziele neu justiert haben. Sie dankt den Mitgliedern für die ganz konkrete Arbeit mit den Menschen. Sie dankt den Kirchen für die zuverlässige inhaltliche und finanzielle Unterstützung. Danke allen Mitarbeitenden an beiden Standorten der Landesgeschäftsstelle, den eigenen Betriebsstätten und unseren Mitarbeitervertretungen. Ohne sie wäre die Diakonie Hessen nicht das, was sie ist.

Durch dieses große und großartige Engagement haben sich für die Arbeit der Diakonie Hessen viele Türen geöffnet. Das ermutigt, auch weiterhin in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Kirchenkreis Schmalkalden so stark für Gerechtigkeit einzustehen.

VI. Ausblick

Es bleibt viel zu tun und es ist viel in Bewegung. Der Ausgang der Bundestagswahl hat es gezeigt: Soziale Gerechtigkeit ist und bleibt ein dringendes Thema, das sich seinen Weg sucht, wenn es nicht die Aufmerksamkeit bekommt, die es verdient. Als Wohlfahrtsverband der Evangelischen Kirchen kann uns dies nicht unberührt lassen. Diakonie ist ein Dienst am Menschen in der Nachfolge Jesu Christi, aber gleichzeitig ein Dienst an einer funktionierenden Demokratie und damit an einer Gesellschaft, in der es sich für alle Menschen zu leben lohnt.

Pfarrer Horst Rühl, Vorstandsvorsitzender der Diakonie Hessen

Anlage: Organigramm Diakonie Hessen

Organigramm Diakonie Hessen (Landesgeschäftsstelle - LGS)

Stand: 01.10.2017

Vorstand

Horst Rühl
Vorsitzender

Wilfried Knapp

Dr. Harald Clausen

Stab

**Diakonische
Kultur**
(Dr. Felix Blaser)

**Management
eigener
Betriebsstätten**
(Rüdiger Ottinger)

Controlling
(Corina Breier)

**Organisation und
Prozesse**
(Leila
Hörr-Jeutho)

**Personal-
entwicklung**
(Stefan Hof)

Abteilungen / Referate

**Flucht, Interkulturelle
Arbeit, Migration**
(Andreas Lipsch)

**Kommunikation /
Markenkommunikation
inkl. Pressearbeit**
(Sebastian Wenz)

**Eigene
Betriebsstätten**

Evang. Fröbelseminar
(Dr. Freimut Schirmmacher)

**Finanzen und
Administration**
(Horst Wodtke)

Gesundheit, Alter, Pflege
(Barbara Heuerding)

Recht
(Uwe Sponer)

**Existenzsicherung,
Armutspolitik,
Gemeinwesendiakonie**
(Stefan Gillich)

**Tageseinrichtungen für
Kinder (KW)**
(Regine Haber-Seyfarth)

Freiwilligendienste
(Matthias Busweiler)

Prüfung und Beratung
(Hendrik Happel)

**Behindertenhilfe,
Sozialpsychiatrie,
Suchtfragen**
(Rita Henning)

Personal und IT
(Christoff Jung)

**Familie, Frauen, Jugend,
Kinder**
(Elsbeth Wettlaufer)

**Regionale Diakonische
Werke Hessen und
Nassau**
(jew. rDW Ltg.)

**Förderwesen,
Fundraising und
Stiftungen**
(Bernd Kreh)

Wirtschaftliche Beratung
(Stefan Gerland)

**Referat
Diakonie in der Region
(KW)**
(Thomas Klämt-Bender)

**Vertretung der DH am
Sitz der
Landesregierung**
(Clarissa Graz)